Die Zeit
5./XII. 1918

Die Kriegsentschädigungsfrage.

In der englischen Wochenschrift Nation vom 28. November d. J. erörtert ein finanzieller Mitarbeiter die Frage der Kriegsentschädigung. Seiner Meinung nach, bietet die gegenwärtige Lage Deutschlands und Oesterreichs keine greifbare Möglichkeit einer Kriegsentschädigung. Die deutschen Kriegslasten sind angeblich auf 8000 Millionen Pfd. St. gestiegen, das ist die Hälfte des vor dem Kriegegeschätzten deutschen Nationalvermögens.

Ueberdies sind die Schwierigkeiten durch die politischen Umwälzungen in Deutschland und Oesterreich außerordentlich gewachsen. Die englische Diplomatie hat bereits die Tschecho-Sl[illegible], die die zwei reichsten Länder Oesterreichs bewohnen, als Verbündete anerkannt, und die Südslawen nehmen anscheinend dieselbe Stellung in Anspruch; natürlich ebenso die Polen und wahrscheinlich auch die Ruthenen. Es ist ausgeschlossen, von Bundesgenossen eine Kriegsentschädigung einzutreiben. So schwindet jede Hoffnung dahin, von Oesterreich eine tüchtige Kriegsentschädigung zu erhalten. Das Deutsche Reich allerdings ist ein Einheitsstaat. Aber was geschieht mit der Schuld des Deutschen Reiches, wenn das Kaiserreich in eine lose Föderation unabhängiger Republiken auseinanderbricht, von denen jede ihren Lebenslauf verhungert oder halb verhungert beginnt? Die Aussichten also, eine reichliche Kriegsentschädigung zu erhalten, sind sehr gering. Aber welche Entschädigungen immer gefordert werden könnten, man sollte sie sofort einheben. Die Gefahr und der Schade einer längeren Besetzung deutschen Gebietes ist zu offenkundig, um besonders betont zu werden. Es ist eine schlechte Politik, ein Pfund auszugeben, um 18 Pence einzunehmen. Wir müssen unsere Armee so schnell wie möglich demobilisieren, denn die Kosten, um sie auf einem ihrem gegenwärtigen gleichen Stand noch mehrere Monate zu erhalten, würden einfach ruinös sein. Die englischen Kriegskosten können nicht ausgiebig vermindert werden, bevor nicht die Armee demobilisiert ist.